

Kauder: Terroristen mit Menschenketten nicht zu stoppen

Solidaritätsdemo fordert militärische Hilfe für Minderheiten im Irak

Stuttgart/Warburg (epd). Bei einer Solidaritätskundgebung in Stuttgart haben Politiker und Kirchenvertreter am Samstag mehr Unterstützung für die notleidenden Menschen im Nordirak gefordert. Der Vorsitzende der CDU- /CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, bekräftigte den Willen der Regierungsparteien, verfolgten Minderheiten nicht nur humanitär zu helfen, sondern im Kampf gegen die die Milizen des »Islamischen Staats« (IS) auch militärisch. »Man kann Terroristen nicht mit Menschenketten und mit Gebeten stoppen«, sagte der Politiker. An der Demonstration, zu der die syrisch-orthodoxe Erzdiözese mit Sitz in Warburg aufgerufen hatte, nahmen nach Polizeiangaben rund 2.500 Menschen teil, ein Großteil davon aramäische Christen. Deutsche, die im Ausland den Dschihadismus unterstützen, müssen Kauder zufolge nach ihrer Rückkehr zur Rechenschaft gezogen werden. Wer die Religionsfreiheit bekämpfe, begehe ein »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Der Unionspolitiker brach in der Nacht zum Sonntag mit einer Delegation zu einer Reise nach Erbil in den Nordirak auf. Der baden-württembergische CDU-Vorsitzende Thomas Strobl nannte die Gewalt der IS-Milizen gegen die Jesiden einen Völkermord. Die Täter missbrauchten dabei den Islam. Man werde nun Waffen an die Kurden im Nordirak liefern, um Schlimmeres zu verhindern. Mehrere Redner forderten die Bundesregierung auf, auch die christlichen Minderheiten in der Region mit Waffen auszustatten, damit sie sich verteidigen könnten. Der baden-württembergische Landtagspräsident Guido Wolf (CDU) bezeichnete die Vertreibung von Jesiden und Christen als Barbarei. Deutschland müsse bereit sein, Flüchtlinge vor Ort zu unterstützen und auch im eigenen Land aufzunehmen, sagte Wolf. Er erinnerte daran, dass sich Hass und Gewalt der Milizen nicht nur gegen Christen und Jesiden richteten, sondern auch gegen Muslime, die die Anschauungen der Islamisten nicht teilten. Der Diözesanratsvorsitzende der Syrisch-Orthodoxen Kirche in Deutschland, Raid Gharib, kritisierte, dass außer den Unionspolitikern keine Vertreter anderer Bundesoder Landtagsparteien der Einladung zu der Kundgebung gefolgt seien. Er forderte von der internationalen Gemeinschaft die Einrichtung einer Schutzzone in der Ninive-Ebene, um die Menschen vor den Angriffen der IS-Milizen zu schützen. Der syrisch-orthodoxe Erzbischof Mor Philoxenus Nays sagte, die Existenz der Christen in dieser Region hänge von so einer Schutzzone ab. Beteiligt waren an der Veranstaltung unter anderem die Evangelische Landeskirche in Württemberg und ihre Synodalpräsidentin Inge Schneider, der Zentralrat der Orientalischen Christen, der Bundesverband der Aramäer und der Verband der Assyrischen Christen. Im Nordirak sind rund 1,2 Millionen Menschen vor den Kämpfern der IS-Miliz auf der Flucht.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 35_2014 Seite 2

Kirchliche Friedensbeauftragte:

Humanitäre Hilfen im Irak erst ausschöpfen

Bielefeld/Unna (epd). In der Diskussion über Waffenlieferungen in den Nordirak hat die Evangelische Kirche von Westfalen für mehr humanitäre Hilfe plädiert. Diese Möglichkeiten seien »bei weitem noch nicht ausgeschöpft«, sagte die Friedensbeauftragte der westfälischen Kirche, Annette Muhr-Nelson, am Donnerstag in Unna. Jetzt sei dringend Nothilfe für die Kriegsoffer gefordert. In einem nächsten Schritt müsse dann gemeinsam mit den Vereinten Nationen ein »Konzept der Schutzverantwortung« entwickelt werden. Dazu gehörten Vorbeugung, militärisches Eingreifen als letzte Möglichkeit und der Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft. Nötiger als Debatten, ob und wie in der Region eingegriffen werden solle, sei eine Uno-Resolution, sagte Muhr-Nelson weiter, die auch Superintendentin des Kirchenkreises Unna ist. Die brutale Verfolgung der Christen und der drohende Völkermord an den Jesiden durch die Kämpfer des sogenannten Islamischen Staates (IS) mache ein Eingreifen der Völkergemeinschaft erforderlich. »Uns kommt die Aufgabe zu, Solidarität zu üben, zu spenden und im Gebet die Not der Menschen vor Gott zu bringen«, schreibt Muhr-Nelson in einem Gebetsaufruf an die Kirchengemeinden. Die Bundesregierung bereitet Waffenlieferungen in den Irak vor, um die Kurden im Kampf gegen die ISTerrorgruppe zu unterstützen. In den kommenden Tagen werde geprüft, welche Lieferungen sinnvoll sein könnten,

erklärten Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Mittwoch in Berlin. Oppositionspolitiker, aber auch einige Politiker der Regierungsparteien sprechen sich gegen die Lieferung von Waffen aus. Unterdessen starteten die UN eine großangelegte Hilfsaktion für die Flüchtlinge im Irak.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 35_2014 Seite _3

Irak Kardinal Marx:

Gewalt im Irak muss gestoppt werden

München (epd). Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, hat die Staatengemeinschaft zu einem entschlossenen Handeln für die im Irak verfolgten Minderheiten aufgerufen. »Diese barbarischen Akte der Gewalt müssen gestoppt werden«, sagte der Münchner Erzbischof am 24. August laut einer Mitteilung der Diözese während eines Solidaritätsbesuchs bei den Chaldäischen Katholiken in München. Seine Sorge gelte vor allem der karitativen Hilfe für die von den Terrormilizen des »Islamischen Staats« (IS) verfolgten Menschen, betonte Marx. Der Kardinal rief alle Gläubigen zu »intensiven Aktionen des Gebets« auf. Zur Solidarität gehöre neben der Hilfe für die Betroffenen vor Ort auch die Bereitschaft, Menschen auf der Flucht aufzunehmen. Pfarrer Sami Danka, Leiter der Seelsorge für die Chaldäische Katholische Gemeinde München, wies auf die vielfältige Not der Flüchtenden hin. Sie seien stark traumatisiert, und »oft nur mit der Kleidung am Leib« mangle es vielen an materieller wie psychologischer Unterstützung. In Bayern leben rund 6.500 chaldäische Katholiken, mit 4.500 Gläubigen die meisten im Großraum München. Der Großteil stammt aus dem Irak.

Irak

Landesbischof Ulrich schließt Gewalt gegen IS-Miliz nicht aus

Kiel (epd). Nordkirchen-Landesbischof Gerhard Ulrich schließt im Kampf gegen die Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) im Irak auch Gewalt nicht aus. »Die Bundeskanzlerin hat Recht, wenn sie sagt: Es müssen alle Optionen geprüft werden«, sagte der evangelische Theologe den »Kieler Nachrichten« (20. August). Möglicherweise würden humanitäre Mittel nicht ausreichen. »Als Kirche können wir uns zwar niemals mit dem Einsatz von Gewalt zufrieden geben, aber die Weltgemeinschaft darf dem Morden auch nicht tatenlos zuschauen«, argumentierte der lutherische Bischof. Als letztes Mittel müsse Gewalt eingesetzt werden können, wenn ein Völkermord anders nicht zu beenden ist. Vor Ulrich hatten bereits der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und Irmgard Schwaetzer, die Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), militärisches Eingreifen im Nordirak nicht ausgeschlossen.

Bundeswehr

Wolfgang Huber widerspricht Pazifismus-Thesen Käßmanns

Berlin (epd). Der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Wolfgang Huber, lehnt die Forderung seiner Amtsnachfolgerin Margot Käßmann ab, die Bundeswehr abzuschaffen. Durch einen solchen Schritt entzöge sich Deutschland seiner Mitverantwortung für die Eindämmung gewaltsamer Konflikte, sagte der Berliner Altbischof der »Welt« vom 23. August. Jeder Christ habe das gute Recht, für sich selbst den Einsatz von Gewalt abzulehnen und einen individuellen Pazifismus zu vertreten, erklärte Huber. Aber von der deutschen Politik müsse man einen »Verantwortungspazifismus« erwarten, »dem die Frage, wie andere Menschen vor Gewalt bewahrt werden können, genauso wichtig ist wie die, wie man sich selber vor dem Einsatz von Gewalt schützen kann«. Die Ex-Ratsvorsitzende Käßmann hatte im »Spiegel« eine Abschaffung der Bundeswehr als erstrebenswert bezeichnet und als

Vorbild das mittelamerikanische Land Costa Rica empfohlen, das auf eine Armee verzichtet. Dazu Huber: »Es hilft nichts uns vorzustellen, wir wären ein Land wie Costa Rica.« Deutschland sei ein anderes Land. »Wir können nicht die Verantwortung für Frieden und Menschenrechte ganz oben auf unsere kirchliche Agenda setzen und dasselbe von der Politik verlangen, aber gleichzeitig außer Acht lassen, wie humanitäres Handeln überhaupt möglich wird.« Zugleich forderte Huber, den im Nordirak von der Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) bedrohten Menschen auch militärisch zu helfen. »Aus Gründen der christlichen Friedensethik ist es nach meiner festen Überzeugung ausgeschlossen, auf das Terrorregime der IS-Milizen im Irak mit Untätigkeit zu reagieren.« Dort würden Menschen ihrer elementaren Rechte beraubt und auf grausame Weise umgebracht. »Es muss eine Reaktion mit dem Ziel geben, die Betroffenen in ihrem Leben und ihren elementaren Rechten zu schützen.« Huber ließ offen, ob es ein direktes militärisches Engagement von außen oder aber Waffenlieferungen an die Kurden geben solle.

Bonhoeffer-Verein warnt vor weiteren Militäreinsätzen

Berlin (epd). In der Debatte über Deutschlands neue außenpolitische Rolle widerspricht der Dietrich-Bonhoeffer-Verein Bundespräsident Joachim Gauck. Zwar sehe Gauck weltweite militärische Einsätze der Bundeswehr nur als »ultima ratio« (allerletztes Mittel) in der Wahrnehmung der gewachsenen deutschen Verantwortung, heißt es in einem Offenen Brief des Vereins. Diese Verantwortung werde aber zur Rechtfertigung militärischer Maßnahmen beschworen. Adressaten des Schreibens, das am 20. August in Berlin verbreitet wurde, sind neben Gauck Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD). Europa und die Bundesrepublik hätten sich politisch und militärisch in ein »hegemoniales Programm« der USA einbinden lassen, kritisiert die Vereinigung. So sei Deutschland etwa im Irak-Krieg nur »scheinbar neutral« geblieben. Unter Bezug auf die UN-Charta und das Grundgesetz fordert der Bonhoeffer-Verein eine Außenpolitik, die vom Vorrang ziviler Krisenprävention, Ursachenbekämpfung und Konfliktbewältigung geprägt sein müsste. Aus den bisherigen Bundeswehr-Einsätzen in afrikanischen Ländern wird in dem Schreiben gefolgert, Deutschland betreibe eine Strategie »militärischer Ertüchtigung«. Eine vorrangig zivile und entwicklungspolitisch abgestimmte Gesamtstrategie sei nicht erkennbar, heißt es. Bei der Münchener Sicherheitskonferenz im Januar hatte Gauck mehr deutsches Engagement in internationalen Konflikten befürwortet und dabei militärische Einsätze ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Ostdeutsche evangelische Pfarrer, die wie Gauck in der kirchlichen Oppositionsbewegung der DDR aktiv waren, warfen ihm daraufhin vor, sich von den Idealen der damaligen Friedensbewegung abzuwenden. Der Leiter des Bundespräsidialamtes, David Gill, widersprach dieser Kritik. In einem Schreiben Gills heißt es laut einem Zeitungsbericht, der evangelische Christ Gauck könne »nicht erkennen, dass der vom Evangelium gewiesene Weg ausschließlich der Pazifismus sei«. Der 1983 gegründete Verein erinnert mit seinem Namen an den evangelischen Theologen und Widerstandskämpfer Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) und will nach eigenen Angaben die Wahrnehmung christlicher Verantwortung in Kirche und Gesellschaft fördern. Dabei setzt sich der Bonhoeffer-Verein für eine Reform der evangelischen Militärseelsorge und alternative Konzepte zur Kirchensteuer ein.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 35_2014 Seite _4

Diakonisches Jahr

Westfälische Kirche zieht positive Bilanz

Bielefeld (epd). Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), dessen 50-jähriges Bestehen in diesem Jahr bundesweit begangen wird, ist bereits seit 56 Jahren fester Bestandteil der Evangelischen Kirche von Westfalen. Hervorgegangen ist es aus dem Diakonischen Jahr, das vor 60 Jahren vom damaligen Rektor der Diakonie Neuendettelsau ins Leben gerufen wurde, wie die westfälische Kirche am Donnerstag in Bielefeld mitteilte. 1964 wurden die Eckpunkte des sozialen Dienstes in gesetzliche Rahmenbedingungen für ein FSJ überführt, wie es hieß. Das Freiwillige Soziale Jahr der westfälischen Kirche heißt heute immer noch »Diakonisches Jahr« und ist dem kirchlichen Amt für Jugendarbeit in Schwerte zugeordnet.

Derzeit arbeiten jährlich etwa 300 junge Menschen in Einrichtungen der Kirche und Diakonie, wie Landesjugendpfarrer Udo Bußmann mitteilte. Seit dem Start 1958 hätten insgesamt etwa 10.000 Freiwillige das Diakonische Jahr in Westfalen absolviert. »Das ist eine großartige Erfolgsgeschichte jugendlichem Engagements und evangelischer Bildungsverantwortung«, sagte Bußmann. Entgegen der gängigen Meinung zeige sich, dass Jugendliche sich einbringen und ihren Teil zur menschenfreundlichen Gestaltung unserer Gesellschaft beitragen wollten. Weitere Informationen auf der Homepage: <http://www.diakonisches-jahr-westfalen.de/> Im Rahmen der Evangelischen Freiwilligendienste engagieren sich derzeit bundesweit rund 13.000 junge Menschen in unterschiedlichen Handlungsfeldern von evangelischer Kirche und Diakonie. Hinzu kommen 800 Freiwillige im Ausland.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 35_2014 Seite _9

»Unendliches Leid«

Beim Beginn des Zweiten Weltkriegs bleiben viele Kirchenleute stumm

Wuppertal (epd). Die ersten Schüsse des Zweiten Weltkriegs fallen frühmorgens. Kurz vor Sonnenaufgang beschießt das deutsche Schulschiff »Schleswig-Holstein« am 1. September 1939 die polnische Garnison auf der Westerplatte, einer Halbinsel bei Danzig. Aus deutschen Flugzeugen fallen Bomben auf polnische Städte, Panzer rollen über die Grenze. Hitler überfällt den östlichen Nachbarn. Im Reichstag gibt er den Angriff am Vormittag als Verteidigungsaktion aus, eine dreiste Lüge. Es ist der Beginn eines Krieges, der sechs Jahre dauern wird und in dem mehr als 60 Millionen Menschen sterben. Von den großen Kirchen Deutschlands kommt kaum Widerspruch zu dem Feldzug. Sie fallen - nach einem Wort des evangelischen Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer - dem Rad nicht in die Speichen. Ein großes Hurra der Kirchen wie noch im Ersten Weltkrieg gibt es zwar nicht, protestantische und katholische Theologen bleiben angesichts des Kriegsausbruchs aber meist stumm oder äußern sich sogar bestärkend. Einen Tag nach Kriegsausbruch übernimmt die leitende Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche die offiziellen Kriegsziele. »Seit dem gestrigen Tag steht unser deutsches Volk im Kampf für das Land seiner Väter, damit deutsches Blut zu deutschem Blut heimkehren darf«, ist in einer Verlautbarung zu lesen. »Für das höchste evangelische Gremium stand fest, dass die Verkündigung der Bewährung im Kriegsalltag für das Vaterland zu dienen habe«, sagt der Münchener Kirchenhistoriker Harry Oelke. Das habe auch den Tod von Soldaten eingeschlossen. Oelke verweist auf traditionelles lutherisches Staatsdenken, wonach auch einem Adolf Hitler als Kriegsführer eine gottgegebene Autorität zugestanden worden sei. Zwei Tage nach den Protestanten wenden sich die katholischen Bischöfe mit einem Hirtenwort an ihre Gläubigen. Sie ermahnen die deutschen Katholiken, ihre Pflicht zu tun und »bereit zu sein, ihre ganze Person zu opfern.« Die Oberhirten bitten Gott: »Kürze den Krieg ab, mäßige seine Schrecken und führe ihn zu einem für Volk und Vaterlande segensreichen Erfolge.« Zur Judenverfolgung geben sich die Bischöfe bedeckt. Gegen anderes Nazi-Unrecht werden sie durchaus laut. Der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen predigt am 3. August 1941 gegen den Mord an Behinderten und psychisch Kranken. Die NS-Führung überlegt, ihn verhaften zu lassen, doch Goebbels will keinen katholischen Märtyrer schaffen. Galen bleibt frei. Als der Krieg ausbricht, bilden die evangelischen Kirchen schon längst keine Einheit mehr. Nach der Machtübernahme Hitlers gingen die »Deutschen Christen« dienstfertig daran, das kirchliche Leben nach dem Führerprinzip zu organisieren und NS-Recht innerhalb der Kirche umzusetzen. Dagegen wehrten sich die Anhänger der »Bekennenden Kirche«. In der Barmer Erklärung, verabschiedet am 31. Mai 1934 in Wuppertal-Barmen, grenzen sie sich von der Ideologie des Nazi-Staates ab. Von offizieller evangelischer Seite aber gibt es nach Kriegsausbruch kaum noch Widerstand gegen Hitler. 1943 nutzen die Nazis bereits rund 3.400 kirchliche Einrichtungen wie Klöster für militärische Zwecke. Mehr als 20.000 Geistliche dienen in kämpfenden Wehrmachteinheiten, meist als Sanitätssoldaten. **Gefängnis für »Kanzelmissbrauch«** Vor allem Pfarrer der Bekennenden Kirche wurden eingezogen, bemerkt der Heidelberger Kirchenhistoriker Christoph Strohm. Aber es gibt auch Freiwillige: Ausgerechnet der protestantische Widerständler Martin Niemöller, im Ersten Weltkrieg U-Boot-Kommandant, meldet sich für den Dienst in der Kriegsmarine - aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen heraus, wo er bereits seit anderthalb Jahren inhaftiert ist. Das Gesuch wird abgelehnt. Neben dem Dienst im Militär verfügen die Nazis über weitere scharfe Schwerter gegen unbotmäßige Kirchenleute. Der sogenannte Kanzelparagraph - eine Passage des

Strafgesetzbuchs, die noch aus der Kaiserzeit stammt - sieht bis zu zwei Jahre Gefängnis für »Kanzelmissbrauch« vor. Eine mögliche Anklage wegen »Wehrkraftzersetzung« schreckt ebenfalls viele Pfarrer ab. Diesen Tatbestand hatte die NS-Regierung noch kurz vor Kriegsbeginn in Kraft gesetzt. Von den Kanzeln kommen deshalb meist keine Plädoyers für Frieden - eindeutig für den Krieg mochten sich viele Pfarrer aber auch nicht aussprechen: »Völkischnationalistische Predigten« habe es 1939 kaum gegeben, unterstreicht Wissenschaftler Oelke. Nur vereinzelt erheben Pfarrer ihre Stimme gegen das Schlachten - trotz der Konsequenzen. 1942 etwa wird der Berliner Dompropst Prälat Bernhard Lichtenberg zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte öffentlich für Juden gebetet. Lichtenberg stirbt 1943. Auf der Seite der protestantischen NSWiderstandskämpfer ist vor allem der Theologe Dietrich Bonhoeffer (1906-1945) bekannt. Er steht in Kontakt mit den Hitler-Attentätern des 20. Juli 1944. Die Nazis verhaften ihn und richten ihn kurz vor Kriegsende im KZ Flossenbürg hin. In der »Stuttgarter Schulderklärung« vom Oktober 1945 bekennen die evangelischen Kirchen erstmals ihre Mitschuld am Nationalsozialismus: »Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden«. *Nils Sandrisser (epd)*
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 35_2014 Seite _12

Hintergrund: Die Aufarbeitung der Kirchen

Frankfurt a.M. (epd). Nach Ende des Zweiten Weltkriegs äußern sich zunächst einzelne Theologen, danach aber auch die Organe der Kirchen zu ihrer Rolle vor 1945. Mit der Stuttgarter Schulderklärung bekennt sich die Evangelische Kirche in Deutschland am 19. Oktober 1945 stellvertretend für das deutsche Volk zu ihrer Mitverantwortung für die Verbrechen des Nazi-Regimes. Anlass ist der Besuch einer Delegation des vorläufigen Ökumenischen Rates der Kirchen. Die Kernsätze der Erklärung lauten: »Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. ... Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.« Unterzeichnet ist die Erklärung von elf Ratsmitgliedern, darunter sind der Ratsvorsitzende und württembergische Bischof Theophil Wurm (1868-1953), sein Stellvertreter Martin Niemöller (1892-1984) und der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann (1899- 1976). Am 8. August 1947 veröffentlicht der Bruderrat, das nach Kriegsende fortbestehende Leitungsorgan der Bekennenden Kirche, in Darmstadt ein »Wort zum politischen Weg unseres Volkes«. Es will einen Neuanfang markieren und die Verfehlungen der Vergangenheit klar benennen. Ein vierfaches »Wir sind in die Irre gegangen...« soll die Mitverantwortung der Kirche hervorheben. Verfasser sind die Theologieprofessoren Hans Joachim Iwand und Karl Barth, überarbeitet wird es vom späteren Kirchenpräsidenten Martin Niemöller. Wie die »Stuttgarter Schulderklärung« von 1945 schweigt das »Darmstädter Wort« jedoch zur Verfolgung und Ermordung der Juden. 1950 schließlich erklärt die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer zweiten Tagung in Berlin-Weißensee: »Wir sprechen es aus, daß wir durch Unterlassen und Schweigen vor dem Gott der Barmherzigkeit mitschuldig geworden sind an dem Frevel, der durch Menschen unseres Volkes an den Juden begangen worden ist.« Bereits im August 1945 melden sich die katholischen Bischöfe zu Wort. In dem in Fulda am 23. August beschlossenen Hirtenbrief wird zunächst die oppositionelle Rolle der katholischen Kirche in der NS-Zeit betont. Zugleich wird in dem Schreiben anerkannt, dass zahlreiche Katholiken von den NS-Verbrechen wussten, sie tolerierten oder aktiv daran mitwirkten. Nach dem Zusammenbruch fordern die Bischöfe eine Rückbesinnung auf die christlichen Grundwerte in Deutschland. Die Verantwortung des Vatikan gerät 1963 in die Diskussion. Gegen Ende der Adenauer-Ära wird das von Rolf Hochhuth verfasste Drama »Der Stellvertreter - Ein christliches Trauerspiel« veröffentlicht und in West-Berlin uraufgeführt. Das Theaterstück hat die Haltung des Vatikans zum Holocaust zum Thema und prangert die Rolle von Papst Pius XII. bei der Judenverfolgung an. In der »Stellvertreter-Debatte« weist die katholische Kirche den Vorwurf zurück.
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 35_2014 Seite _13

Völkerrechtler sehen Drohneneinsätze kritisch

DRK-Präsident beklagt Verletzungen des Völkerrechts in Krisenregionen

Düsseldorf (epd). Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) sieht das humanitäre Völkerrecht angesichts der Vielzahl aktueller Krisenherde in Gefahr. In den Auseinandersetzungen in Syrien, dem Nord-Irak und im Gaza-Streifen seien immer wieder »schwere Verletzungen« der internationalen Vereinbarungen zu beklagen, sagte DRK-Präsident Rudolf Seiters am Freitag in Düsseldorf. Seiters mahnte auf einem DRK-Festakt zum 150. Jahrestag der ersten Genfer Konvention die weltweite Einhaltung der völkerrechtlichen Verpflichtungen an. Die heute geltenden vier Genfer Abkommen seien von 189 Staaten ratifiziert und hätten als »grundlegende Prinzipien« nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Der Völkerrechtler Hans-Joachim Heintze von der Ruhr-Universität Bochum betonte, das humanitäre Völkerrecht müsse mit Blick auf die Entwicklung der modernen Waffentechnik immer wieder modifiziert werden. Nach dem Verbot von biologischen Waffen (1971), Anti-Personen-Minen (1997) und Streubomben (2010) sieht Heintze jetzt die »Drohnenproblematik« auf dem Prüfstand. Der Einsatz der bewaffneten Flugkörper in Konflikten führt nach Einschätzung Heintzes zu völkerrechtlichen Problemen. Ferngesteuerte Drohnen stellten eine »enorme Ausdehnung« des Konfliktgebietes dar. Wenn etwa die USA ein Einsatzsignal ihrer Drohnen über eine in einem befreundeten Land befindliche Relaisstation nach Afghanistan schickten, dann verliere dieser Staat im konkreten Fall seine Neutralität. »Diese Entwicklungen bedürfen der Beobachtung«, sagte Heintze auf der DRK-Veranstaltung. Die erste Genfer »Konvention zur Verbesserung des Loses der Verwundeten Soldaten der Armeen im Felde« war am 22. August 1864 von zwölf europäischen Staaten verabschiedet worden. Als erste internationale Vereinbarung dieser Art legte sie damit den Grundstein für das heutige, in bewaffneten Konflikten anwendbare Völkerrecht. Die heute geltenden vier Genfer Konventionen von 1949 sind zugleich zentrale Rechtsgrundlage für die Arbeit des Internationalen Roten Kreuzes. Dessen Gründung 1863 geht zurück auf eine Initiative des schweizerischen Philanthropen Henri Dunant (1828-1910) unter dessen Eindruck der Schlacht von Solferino (1859). Bei der entscheidenden Auseinandersetzung im sardinischen Krieg waren bis zu 30.000 Soldaten getötet und verwundet worden.

Bundeswehr

Über tausend Kriegsdienstverweigerungen seit Ende der Wehrpflicht

Düsseldorf (epd). Seit Aussetzung der Wehrpflicht vor drei Jahren haben 1.095 Soldaten den Kriegsdienst verweigert. Damit wurden rund drei Viertel aller Anträge positiv beschieden, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, die der in Düsseldorf erscheinenden »Rheinischen Post« (19. August) vorliegt. Soldaten, die sich freiwillig verpflichtet haben, können auch während ihres Berufslebens verweigern. »Diese Umkehr kann durch ein Schlüsselerlebnis herbeigeführt worden sein oder das Ergebnis eines längeren intensiven Wandlungsprozesses«, schreibt die Bundesregierung. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ging binnen eines Jahres leicht zurück: 2012 verweigerten 374 Soldaten den Kriegsdienst, im vergangenen Jahr waren es 262. Zugleich sank auch der Anteil der Anerkennungen: 2012 wurden noch knapp 87 Prozent der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung anerkannt, 2013 waren es nur noch 69 Prozent. Dies lasse »auf ein restriktives Vorgehen schließen«, kritisierte die Verteidigungsexpertin der Linksfraktion im Bundestag, Katrin Kunert. Als Grund vermutet sie, den Soldaten solle »angesichts des wachsenden Rekrutierungsbedarfs der Ausstieg aus der Bundeswehr erschwert werden«.

Internet

Verlustlisten des Ersten Weltkriegs online Lünen (epd). Rund 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs können Listen über vermisste, verwundete und gefallene Soldaten der Deutschen Armee im Internet durchsucht werden. Mehr als 750 Freiwillige hätten über 8,5 Millionen Datensätze auf 31.000 Seiten eingegeben, erklärte der Lünener Verein für Computergenealogie am Montag. Der Verein hatte die Listen seit Anfang 2012 in einer Datenbank erfasst. Unter der Web-Adresse: <http://des.genealogy.net/> können Internet-Nutzer nach bestimmten Namen oder auch Orten suchen und dann auf die historischen Listen zugreifen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 35_2014 Seite 24